

**Zu Punkt** **der Tagesordnung**

<b>Interfraktioneller Antrag</b>		<b>0724/2009</b> <b>öffentlich</b> <b>10.08.2009</b>
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Antragsteller/in</b>
Ö 17.09.2009	Ratsversammlung	Ratsherr Wagner, SPD-Ratsfraktion Ratsfrau Hirdes, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Danker, SSW
<b>Betreff:</b> Europäische Städtekoalition gegen Rassismus		

**Antrag:**

Die LH Stadt Kiel tritt noch in 2009 der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus bei. Die Verwaltung wird beauftragt, ab Haushaltsjahr 2010 den Mitgliedsbeitrag in Höhe von ca. 1.000,00 € auf Dauer in den entsprechenden Unterabschnitt im Haushalt weiterhin einzustellen.

Dem Jugendhilfe- und dem Innenausschuss wird ein Bericht über die kommunalen Aktivitäten gegen Rassismus im zweijährigen Turnus vorgelegt.

**Begründung:**

Die Internationale Städtekoalition gegen Rassismus ist eine Initiative der UNESCO, die am 10. Dezember 2004 in Nürnberg gegründet wurde. Das Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

Verantwortung für die Initiative in Europa hat die Stadt Nürnberg übernommen. Sie ist auch die Koordinatorin von über 70 europäischen Städten. Inzwischen sind 13 deutsche Städte Mitglied, beispielsweise Potsdam, Berlin, Saarbrücken, Hannover, Nürnberg, Leipzig, München etc.

Zentrales Dokument und Instrument ist ein "Zehn-Punkte-Aktionsplan" mit konkreten Handlungsfeldern. Sie umfassen:

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus - Aufbau eines Beobachtungs- und Solidaritätsnetzwerkes
2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen
3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierungen.  
Unterstützung für die Opfer, damit sie sich künftig besser gegen Rassismus und Diskriminierung wehren können.
4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für Bürger/innen  
Bessere Information der Bürger/innen über ihre Rechte und Pflichten, über Schutzmaßnahmen und über Sanktionen für rassistisches Verhalten.
5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt

